

Der Bund Naturschutz in Bayern und das Waldsterben

von Helmut Klein 1994

Die Vorgeschichte

Immissionschäden an Wäldern durch Schwefeldioxid sind bekannt, seit der Grieche Strabo (65 v.Ch. - 26 n.Ch.) vor 2000 Jahren in seinem Buch „Geographica“ über die Erzröstereien im Gebiet des heutigen Spanien berichtete. Gaius Plinius der Ältere (23 - 79 n.Ch.) war der nächste, der 80 Jahre später diese Angaben Strabos bestätigte und erweiterte. Seit jener Zeit gibt es eine Folge von Berichten, Gutachten und Forschungsprojekten durch die Geschichte mit einem Höhepunkt in der „Rauchschadensforschung“ in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Dabei wurden nacheinander eine ganze Reihe der Einzelursachen oder Teilursachen der Immissionschäden an unseren Wäldern erkannt. Es waren Schwefeldioxid, Schwermetalle, die gasförmigen Verbindungen des Fluors und Chlors, sowie die Stickoxide. Das Wissen über die Bildung von saurem Regen durch die Säuren des Schwefels, Stickstoffs und Chlors wurden 1872 von R. A. Smith in England und 1883 von Julius Schröder und Carl Reuss in Deutschland ausführlich zusammengefasst. Zu Beginn unseres Jahrhunderts wurde dann auch endgültig erkannt, dass es für immissionsbelastete Waldbestände typisch ist, dass sie anfällig sind für potentielle Schädlinge und ungünstige Witterungsbedingungen.

Charakteristisch für diese frühen Immissionschäden ist, dass sie in erster Linie durch Bestandteile der Rauchgase und die aus diesen entstehenden Säuren verursacht werden (Rauchschäden) und dass ihre räumlichen Schwerpunkte in der Regel noch bestimmten Emittenten zugeordnet werden konnten.

Die Anfänge des BN

Im Juni 1913, also vor 80 Jahren, wurde in München der Bund Naturschutz in Bayern (BUND Bayern) gegründet. Sein erster Vorsitzender, Karl Freiherr von Tubeuf war bereits Professor für Forstbotanik an der Universität München mit besonderem Interesse an Baumkrankheiten und Baumparasiten. So hatte die Forstpartie von Anfang an wesentlichen Einfluss im Verband, und im Jahr 1925 begann auch bereits der Kampf des BN gegen den Schwefeltod unserer Wälder, denn das Problem hatte inzwischen schwerwiegende Ausmaße angenommen. In jenem Jahr fand in München der erste deutsche Naturschutztag statt, auf dem der damalige Ordinarius für Forstpolitik an der Münchner Universität, Professor Dietrich, in seiner Festrede feststellte:

„Es muss doch wirklich möglich sein, den Schwefel, der als Geißel des Waldes entweicht, abzufiltern, bevor er sein zerstörerisches Werk beginnt.“

Es wäre längst möglich gewesen, denn die notwendigen Technologien zur Energieeinsparung und Schadstofffilterung waren längst verfügbar, aber in Bayern war Energiesparen gerade kein Thema. Obwohl es keinen Strommangel gab, war drei Jahre vorher das für damalige Verhältnisse gewaltige Walchenseekraftwerk in Betrieb gegangen, und man suchte nach Möglichkeiten, den dort erzeugbaren Strom abzusetzen, nicht nach Möglichkeiten zum Sparen von Strom. Die Einstellung der Energiewirtschaft zu Filteranlagen wurde einige Monate später im Preußischen Landtag sichtbar, wo eine gesetzliche Verpflichtung zur Rauchgasentschwefelung von der Regierung mit der Begründung abgelehnt wurde, es wären sonst Arbeitsplätze gefährdet.

Während des folgenden „Dritten Reiches“ erachtete man rauchende Schloten und die „Wehrhaftmachung der deutschen Energieversorgung“ (Hjalmar Schacht am 13.12.1935) wichtiger als gesunde Wälder; und eine wirksame Bürgerbewegung gab es nicht.

Immissionsschäden im Freistaat Bayern

Nach 1945 ging es bei der Energiewirtschaft im alten Sinne weiter, so dass bereits in den 50er Jahren, besonders aus dem Raum Leipzig, über absterbende Kiefernbestände berichtet wurde. Ab 1970 traten ähnliche Schäden auch im Kelheimer Forst in Niederbayern auf, und in diesem Zusammenhang kam es zu einem denkwürdigen Streit zwischen dem Bayerischen Umweltminister Max Streibl (CSU) und dem Bund Naturschutz in Bayern. Diese teilweise absurde Auseinandersetzung ist ein Musterbeispiel für den Kampf der Umweltschützer gegen die Mühlen der Bürokratie und die Dummheit und Verantwortungslosigkeit vieler Politiker. Auch wird schon damals sichtbar, dass das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen sich nicht als Anwalt der Schöpfung, sondern als Komplize gerade der rücksichtslosesten Industriezweige versteht. Die sogenannte „Landesentwicklung“ stand immer im Vordergrund. Umweltschutz wurde und wird nur gefördert, solange es sich um klassischen Artenschutz handelt, besonders noch dann, wenn dabei die engagierten Bürger zu Arbeitseinsätzen verschiedenster Art animiert werden können, so dass die Sünden der Industrie kostenlos beseitigt werden und die Demokraten zu müde werden, um Umweltpolitik zu machen.

Im Raum Kelheim wurden damals nach Angaben der dort ansässigen Industrie (!) jährlich etwa 200.000 Tonnen Schwefeldioxid und große Mengen Fluoride emittiert. Die Kiefernwälder starben. Hubert Weinzierl, der Vorsitzende des Bundes Naturschutz, forderte das Bayerische Umweltministerium wiederholt auf, den Schwefelgehalt der Kiefernadeln untersuchen zu lassen, um die Ursachen zu belegen.

Der Landtagsabgeordnete Peter Schnell (SPD) aus Ingolstadt kritisierte in einer Anfrage an die Staatsregierung im Februar 1971 grobe Mängel der Luftüberwachung in der Region. Das Umweltministerium aber stellte sich stur, sah kein Problem und erklärte am 26.2.1971:

Das vorhandene Messsystem biete „nach wie vor die Gewähr für eine wirksame Vorsorge gegen Gesundheitsschäden und Schädigungen des Waldes oder der landwirtschaftlichen Kulturen im Ingolstädter Raum durch Abgase der dort errichteten Raffinerien und Kraftwerke“, eine Erfassung der Konzentration geruchsbelästigender Stoffe sei überdies messtechnisch nicht möglich.

Das erste ist blühender Blödsinn, denn es wurden wohl kaum jemals Schäden durch Messung der Ursachen verhindert. Das zweite war unwahr, denn die Messtechnik war damals längst in der Lage, Bruchteile der vorkommenden Schadstoffkonzentrationen zu messen.

Daraufhin ließ der Bund Naturschutz im April 1971 auf eigene Kosten rund um das Raffineriezentrum Nadelproben entnehmen und stellte an den hinsiechenden Beständen Tafeln mit folgendem Text auf: „Hier sterben die Kiefernwälder, der Bund Naturschutz lässt die Ursachen untersuchen“. Die Analysen der Nadeln führte das Chemische Materialprüfungsamt der Landesgewerbeanstalt Nürnberg durch. Als mittlerer Schwefelgehalt ergab sich für die untersuchten Kiefernadeln 0,37 Prozent und für die Fichtennadeln 0,38 Prozent. Da der natürliche Schwefelgehalt von Kiefernadeln bei etwa 0,12 Prozent, der von Fichtennadeln bei 0,07 Prozent liegt, wurde klar, dass der Schwefelgehalt der Nadeln aus den betroffenen Wäldern das drei- bis fünffache des normalen Wertes betrug.

Professor Schönborn von der staatlichen Bayerischen Forstlichen Versuchsanstalt in München interpretierte diese Ergebnisse in einem Gutachten folgendermaßen:

„Unter Berücksichtigung der oben mitgeteilten Werte ... können die vorstehenden Ingolstädter Werte als durch mittlere bis starke Immissionen überhöht angesehen werden.“

Dieser Befund wurde in der Tagespresse ausführlich diskutiert. Da aber seitens der Verantwortlichen trotzdem nichts geschah, wandte sich am 3.7.1972 der Leiter des Forstamts Siegenburg an die zuständigen Landesbehörden mit der Bitte, endlich einzugreifen.

Oberforstmeister Kollmannsberger teilte mit, dass im Moment etwa 100 ha Kiefernwaldungen an besonders windexponierten Stellen abzustorben drohen und nach Untersuchungen der Forstlichen Forschungsanstalt „pilzliche und tierische Schädlinge als Schadursachen ausscheiden.“

Daraufhin unterstellte das Umweltministerium am 20.10.1972 (Münchner Merkur) dem BN, bei der Beschaffung der Nadelproben sei betrogen worden:

„Dem Prüfungsamt sind ... Proben zugeschiedt worden,
deren Herkunft nicht bekannt gewesen ist.“

In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 21.10.72 berichtet Christian Schneider, das Umweltministerium halte weitere Untersuchungen für überflüssig:

„Das Ministerium betont weiter, die von Medizinern und Biologen ausgearbeiteten und in der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft festgelegten Grenzwerte seien so bemessen, dass nicht nur die gegenüber dem Gas wesentlich unempfindlicheren Menschen und Tiere, sondern auch empfindliche Pflanzen geschützt würden. Auch die für die Betriebe im Raffineriezentrum festgelegten Grenzwerte zur Reinhaltung der Luft würden diesen Anforderungen entsprechen.“ !!

Abgelehnt wurde außerdem der Vorschlag des Staatlichen Forstamtes Siegenburg, in der Nähe der absterbenden Kiefernwälder eine fahrbare Luftüberwachungsstation einzusetzen, um die Luftbelastung in diesem Raum genau zu beobachten. Aber die Behörden blieben nicht völlig untätig: Der Bund Naturschutz wurde vom zuständigen Landratsamt aufgefordert, seine Hinweistafeln wegen „Landschaftsverschandelung“ zu entfernen und der Umweltminister versuchte mit der Veröffentlichung falscher Zahlen über die Schwefeldioxidemissionen, Naturschützer und Forstleute zu diffamieren und die Verursacher zu decken. Am 28.10.1972 berichtete der Ingolstädter Donaukurier unter der Überschrift „Minister Streibl kontert“:

„Als völlig absurd haben gestern der bayerische Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen, Max Streibl, und der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umweltschutz, Dr. Josef Vogl, eine Behauptung des Bundes Naturschutz in Bayern zurückgewiesen, die fünf Erdölraffinerien rund um Ingolstadt würden jährlich 200.000 Tonnen Schwefel in die Atmosphäre blasen. Wie Minister Streibl in Ingolstadt während eines DK-Gesprächs betonte, belaufe sich die tatsächliche Menge auf etwa ein Fünftel.“

Dies wurde behauptet, obwohl die vom BN gemachten Angaben auf einer Information der Verursacher selbst beruhten. Sieben Monate später musste folglich Umweltminister Streibl öffentlich zugeben, dass die vom Bund Naturschutz auf der Grundlage von Angaben der Industrie genannte Zahl von 200 000 Tonnen Schwefeldioxid pro Jahr eher zu niedrig als zu hoch angesetzt war. Gleichzeitig erklärte der Minister 250.000 Tonnen pro Jahr für tolerierbar!

1973 war es dann auch so weit, dass für 1300 Hektar der sterbenden Bestände im Kelheimer Forst amtlich die Rodungserlaubnis erteilt wurde. Der Bund Naturschutz protestierte heftig, denn damit wurde zweierlei bewirkt: Zum einen verschwand wertvolles Beweismaterial in Gestalt der kranken und toten Bäume, zum anderen wurde die vom Kiefernersterben betroffene Schadensfläche kleiner, das Ausmaß der Schäden „ging zurück“. Damit war das wirksamste Mittel erfunden, das es gegen das Waldsterben überhaupt geben kann.

Schließlich wurde sogar nach jahrelangem Drängen von Umweltschützern, Forstamt Siegenburg, Landratsamt Kelheim und einigen Gemeinden im Raum Ingolstadt - Neustadt ein Netz von Standorten für Bioindikatoren festgelegt, an denen die Wirkung der Luftverschmutzung auf Pflanzen beobachtet werden sollte, und Staatliche Analysen wurden in Auftrag gegeben. Am 10.7.1973 teilte das

Bayerische Landwirtschaftsministerium dem Bund Naturschutz über seine staatlichen Nadelanalysen mit:

„Nach dem bisherigen Stand der Untersuchungen (...) handelt es sich bei den aufgetretenen Waldschäden im Bereich Eining-Straubing nicht eindeutig um Immissionschäden. Die bei Nadelanalysen überprüften Schwefelwerte liegen im Normbereich, die Fluorwerte sind leicht erhöht.“

Trotz dieses für die Naturschützer frustrierenden vorläufigen Bescheides wartete man gespannt auf die endgültige, verbindliche Aussage. Das dauerte lange! Es dauerte, bis der BN im Mai 1975 auf dem Umweg über den hessischen Bauernverband erfuhr, dass das Gutachten längst vorlag. Nochmaliges Drängen brachte es schließlich auch an die Öffentlichkeit, und schon wurde klar, dass die Veröffentlichung bewusst verzögert worden war. Die Untersuchung kam nämlich zu dem endgültigen Ergebnis, dass der Schwefelgehalt und der Fluorgehalt der Nadeln aus dem Belastungsgebiet wesentlich höher war, als bei Proben aus einem relativ gering belasteten Vergleichsgebiet. Die Unterschiede waren „hoch signifikant“. Zusammenfassend hieß es:

„Eine durch Eisen- und Manganmangel bedingte Schwächung der Bäume scheint durch eine Immissionsbelastung wesentlich verstärkt zu werden, so dass die Bestände teilweise absterben.“

Heute wissen wir, dass durch Säureeintrag in den Boden, Mangan sehr stark aus diesem ausgewaschen wird, sodass es für die Bäume verloren geht, aber das Grundwasser belastet.

„WALDSTERBEN“

Mit der weiteren Entwicklung des Wirtschaftswunders in den 70er Jahren nahm die Anzahl der Schadstoffe in der Luft und im Regen weiter dramatisch zu, und zusätzliche schädliche Komponenten wie radioaktive Strahlung und elektrische Hochfrequenzfelder wurden wesentlich stärker. Es entstand ein „Schadstoffcocktail“ von völlig neuer Brisanz, bei dessen Einwirkung auf alles Leben nie mehr die Wirkung von Einzelkomponenten geklärt werden konnte und nie mehr geklärt werden wird.

Am Beginn der 80er Jahre entwickelte sich daraus eine Form der Waldschäden, die nicht mehr auf einzelne Regionen und Baumarten beschränkt war. Auch die Zuordnung von Einzelemittenten zu Waldschäden war von dieser Zeit an nur noch in Ausnahmefällen möglich. Neuartige Schadbilder wurden großflächig sichtbar, und eine qualitativ neue Situation zeichnete sich ab. Der BN versuchte sogleich die Bürger zu informieren und den verantwortlichen Politikern die Möglichkeit zur gewollten Unwissenheit zu nehmen. Dazu veranstaltete er zunächst unter der Leitung von Professor Peter Schütt, Hubert Weinzierl und Hubert Weiger am 22.5.1981 eine Pressefahrt nach Pleystein bei Vohenstrauß im Bayrischen Wald. Dort wurden die Symptome des neuen Phänomens vorgestellt und auf die Betroffenheit von Tanne, Fichte und Kiefer wurde hingewiesen. Weil also jetzt drei Hauptbaumarten betroffen waren, wurde bei dieser Veranstaltung die Bezeichnung „Waldsterben“ in die politische Diskussion eingeführt. Der war schon 1954 von Professor Leibundgut in Zürich geprägt worden. Er wurde sofort allgemein von Behörden, Presse und von der Bevölkerung übernommen. Professor Schütt sprach von „einem ernstesten Signal“ und erklärte:

„Die Bäume befinden sich infolge jahrelanger Umweltbelastung in einem Stresszustand und sind deshalb nicht mehr voll in der Lage, den Angriffen von Krankheitserregern und tierischen Schädlingen zu widerstehen.“

Weil zu wenig politische Aktivität entstand, wurde die Veranstaltung am 12.7.1982 von Hubert Weinzierl, Hubert Weiger und Forstoberrat Hubert Schöppl vom Forstamt Vohenstrauß wiederholt - jetzt waren auch Buchen und Tannen deutlich sichtbar erkrankt!

Die Wende

In Bonn regierte in jener Zeit zunächst noch eine SPD/FDP-Koalition. In Bayern regierte die CSU alleine, und die Großwaldbesitzer waren fast ausnahmslos ihre Mitglieder. Die meisten kleinen Waldbauern standen ihr nahe. So hatten weder Staatsregierung noch Waldbesitzer Hemmungen auf die Bundesregierung Druck auszuüben, um Fortschritte bei der Luftreinhaltung zu erreichen. Die Staatsregierung berichtete noch ohne Probleme über die „Bekämpfung des Waldsterbens als vorrangiges Ziel bayerischer Forstpolitik“, und das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten veröffentlichte eine ausgezeichnete Broschüre mit dem Titel „Waldsterben durch Luftverschmutzung“.

Dann kam für den Wald die entscheidende politische Wende in Bonn. Eine CDU/CSU/FDP-Regierung wurde gebildet. Jetzt war die CSU selbst mit ihren Freunden an der Regierung und damit auch in der unmittelbaren Verantwortung für die Luftreinhaltungspolitik. Es musste sich nun zeigen, ob sachliche Gegebenheiten entscheidend waren, und der Druck auf die Bundesregierung erhalten blieb oder ob Parteiideologien und Spendenhöhen Priorität erhalten würden, denn schließlich war eines der häufigsten Sprichworte aus dem Mund des Ministerpräsidenten: „Wer zahlt, schafft an.“

Der nächste Bericht der Staatsregierung über den Fortgang des Waldsterbens hieß nur noch „Waldschadensbericht“, und die oben erwähnte Broschüre wurde von Ministerpräsident Strauß (CSU) als „politische Instinklosigkeit“ abqualifiziert, und ihre Verteilung wurde untersagt, obwohl zumindest bei einigen Forstämtern noch große Vorräte lagen. (Beim BN liegen bis heute noch letzte Reste dieser Bestände zur Verteilung an besonders interessierte Bürger.) Auf Nachfrage wurde selbst der Bayerische Landtag durch die Regierung mit der Aussage belogen, die Schrift sei ausgegangen. Auch wurde nicht etwa eine billige Neuauflage der guten Broschüre veranlasst, sondern mit wesentlich höheren Kosten wurde, gemeinsam mit dem „Umweltministerium“, ein Pamphlet erstellt. Der Titel zeigte die Wende fast so gut wie der miserable und teilweise falsche Inhalt. Besonders interessant war dabei, dass eine Grafik zum internationalen Austausch von Schwefeldioxid wissentlich mit falschen Angaben zu Gunsten der deutschen Verursacher, speziell mit der Urheberschaft des „Umweltministeriums“ gezeichnet war, was bei gemeinsamen Veröffentlichungen dieser Art völlig ungewöhnlich ist. Das zeigt wohl, dass „Forstminister“ Hans Eisenmann (CSU) diese waldfährdende Desinformation der Bürger doch zu weit ging.

Als nächstes beschloss die Regierung in Bonn auf Druck der CSU, in Zukunft nicht mehr vom „Waldsterben“, sondern nur noch von „neuartigen Waldschäden“ zu sprechen. Die bisherige „Schadstufe 1“ wurde zur „Vorwarnstufe“ entschärft, und beides wurde bindende Sprachregelung für die Landesbeamten. Auch die zweite, entschärfte Informationsbroschüre der Staatsregierung war immer noch zu politisch, und so entstand eine dritte mit dem Titel „Wald in Gefahr“, die 1987 von einer vierten abgelöst wurde: „Der Wald - Umweltschutz in Bayern“.

Diese perverse umweltpolitische Situation über zehn Jahre hat dazu geführt, dass außer dem BN heute kaum noch eine gesellschaftliche Gruppierung ernsthafte Anstrengungen unternimmt, die Situation unserer Wälder zu verbessern, und auch für uns wird die politische Situation immer rauer, je näher der umweltpolitische Offenbarungseid der Staatsregierung kommt. Lange kann dies ohnehin nicht mehr dauern, nachdem 1992 nach aller Schönung, offiziell immer noch 77 % der Waldfläche als geschädigt eingestuft werden musste, davon 32 % als schwer geschädigt, und nachdem im Fichtelgebirge, Frankenwald, Steinwald, Bayerischen Wald und Alpenraum bereits große Kahlflächen entstanden, die weiter wachsen. Den „Waldzustandsbericht“ aber erhielten selbst die meisten Journalisten nicht von der Regierung, „weil er vergriffen war“. So hängt die notwendige Information der Bürger nun vollends am BN, und mit welchen Methoden die Verantwortlichen auch dieses Loch vollends zu stopfen versuchen, zeigte sich besonders deutlich als der BN unter der Leitung von Helmut Klein im Sep-

tember 1992 eine Informationsfahrt für die Presse zum Wank, einem Berg direkt bei Garmisch-Partenkirchen, plante.

Eine Pressefahrt löst Panik aus

Der Schutzwald am Wank gehört zu den am schwersten geschädigten Beständen im Alpenraum, und die Sicherheit von Partenkirchen hängt wesentlich von ihm ab. Dort sind bei empfindlichen Bodenverhältnissen und alten forstlichen Fehlern, primär massive Immissionsbelastungen wirksam. Sekundär fördern Sturmwürfen der vorbelasteten Bestände massiven Borkenkäferbefall, und gleichzeitig fressen dort völlig untragbarer Gams- und Hirschbestände, verstärkt durch Weidevieh, die gesamte Waldverjüngung, ohne Unterschied ob natürlich angefliegen, oder mit enormen Kosten gepflanzt.

Dies alles sollte dort vorgeführt werden, weil dort die Probleme besonders konzentriert sind, weil es sich um Staatswald mit staatlich betriebener Jagd handelt, und weil der Wank im Wahlkreis des damaligen Ministerpräsidenten Max Streibl (CSU) liegt, der immer wieder heftigen Druck auf die Forstverwaltung ausübte, wenn diese sich „zu sehr“ für den Wald einsetzt und sich gegen das Hobby uneinsichtiger Jäger wandte.

Nachdem die Verantwortlichen vom Plan des BN erfahren hatten, wandten sich Beamte der verschiedensten Ebenen in Telefonanrufen von insgesamt mehr als sechs Stunden Dauer an den Leiter der Veranstaltung und versuchten zunächst ihn so unter Druck zu setzen, dass die Pressefahrt abgesagt werden sollte. Das ging so weit, dass zwei besonders „loyale Diener ihres Herrn“ sogar die dümmlische Behauptung in den Raum stellten, der BN dürfe den öffentlichen Weg von der Gipfelstation der Wankbahn zur Mittelstation ohne Genehmigung der Forstbehörden nicht benutzen. Als auch dies nichts fruchtete, kam die Forderung auf Beteiligung von Forstbeamten, was wir im Interesse derselben vermeiden wollten. Schließlich konnten wir aber auf Grund unserer Interessenlage leicht zustimmen, und so war auch der zuständige Forstdirektor Gleißner mit von der Partie.

Als wir dann gemeinsam mit den Pressevertretern im teilweise toten, teilweise sterbenden Schutzwald standen, blieb natürlich die Frage nach einer Beurteilung der Situation durch den Amtsleiter nicht aus. Der aber konnte beim gegebenen Anblick nun wirklich nichts beschönigen, und so begann dann am nächsten Tag der Bericht der Süddeutschen Zeitung mit dem Gleißnerzitat: „Dieser Wald verabschiedet sich; er ist todkrank“, was noch am gleichen Vormittag einen Ruf des allerobersten Dienstherrn zum Rapport auslöste. Gleißner aber stand zur größten Überraschung seiner Vorgesetzten zu seiner Aussage, und so bekamen andere ersatzweise den Rüffel.

Im Jahr 1993 lud der BN erneut zu einer Pressefahrt an den Wank ein. Inzwischen hatte aber der Chef der Staatsforstverwaltung gewechselt. Der neue Leiter, Adolf Zerle, der sich schon früher durch besonders unsachliche Kritik an „den Naturschützern“ hervorgetan hatte, ging auch dieses „Problem“ gleich besonders scharf an. Per Telefax teilte er uns folgendes mit:

„Es dürfte auch in Ihrem Verband bekannt sein, dass das von der Bayrischen Verfassung garantierte Betretungsrecht der freien Natur sich nur auf die Erholung bezieht, nicht aber auf die Veranstaltung von Presseterminen und dergleichen ... Wir legen im Hinblick auf eine konstruktive Zusammenarbeit nahe, den geplanten Pressetermin am Wank abzusagen.“

Die guten alten Zeiten mit Pressezensur lassen grüßen, auch wenn dem im Moment noch die Freiheiten des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung entgegenstehen, in der es in dem angesprochenen Artikel 141 heißt:

„Staat und Gemeinden sind berechtigt und verpflichtet der Allgemeinheit die Zugänge zu Bergen, Seen, Flüssen und sonstigen landschaftlichen Schönheiten freizuhalten und allenfalls durch Einschränkungen des Eigentumsrechtes freizumachen.“

Andere Forstbeamten, die im Ruf stehen ihr fachliches Urteil gelegentlich ehrlich auszusprechen, bekommen immer wieder schon vorsorglich persönliche Maulkörbe. So bekam einer, der sich immer wie der, auch in Zusammenarbeit mit dem BN, für den Schutz unserer Wälder einsetzt, ein dienstliches Schreiben, in dem es heißt:

„Zugleich wurde [dem betroffenen Förster] empfohlen, Stellungnahmen zu forstlich relevanten Fragen ... anderen Vertretern des Naturschutzes zu überlassen und in der ‚Grauzone‘ im Voraus mit dem Forstamtsleiter abzuklären, ob forstliche Inhalte betroffen sind.“

Verantwortungsbewusste Beamte dürfen demnach - sogar im Privatleben - über alles reden, nur nicht über die Dinge von denen sie durch ihre Ausbildung und Erfahrung etwas verstehen.

Andere pflichtbewusste Beamte, die mit uns für den Wald kämpfen, hatten und haben oft über lange Zeit keine Stellvertreter oder Sekretärinnen und damit ein doppeltes Arbeitspensum zu bewältigen oder gar Disziplinarverfahren reihenweise durchzustehen.

Unsere Verpflichtung

Es ist klar, dass der Bund Naturschutz in Bayern auch weiterhin seine gute, alte Tradition zum Wohle unserer Wälder fortsetzen muss und wird. Glücklicherweise lassen sich Misshandlungen des Waldes nicht verbergen und höchstens klein flächig beseitigen. Kurzbeinwinkel lügen, hektische Vertuschungsversuche und Repressionsversuche aber sind immer ein Zeichen von Schuld bewusst sein und erkannter Ausweglosigkeit. Die Verantwortlichen werde den zu „Angstbeißen“ anstatt zu klugen Lobbyisten für den Wald, die ihn wirkungsvollem Zusammenspiel mit den Möglichkeiten eines großen, unabhängigen und engagierten Verbandes die Zukunft des Waldes und unserer Kinder sicher.

Die Überreaktionen der Verantwortlichen zeigt aber andererseits auch, dass sich das unsäglich traurige Komplott gegen unseren Wald nicht mehr lange halten wird. Die grundsätzlich noch funktionierende Demokratie in unserem Land und die Liebe der Bayern zum Wald wird entweder zu einem Wechsel der Politiker oder ihre Pflichtauffassung führen. Der Bund Naturschutz aber wird dann zusammen mit jenen Politikern vom neuen Geiste während der nächsten 80 Jahre den Wald und die Demokratie in Bayern verteidigen.

Dieser Text erschien auch im April 1994 als Infodienst Nr. 134 des Bundes Naturschutz in Bayern.